



GESUNDHEIT UND GESELLSCHAFT

Wissenschaft

Das Wissenschaftsforum in Gesundheit und Gesellschaft

Liebe Leserinnen und Leser,

wieviel Beratung braucht die Politik? Je größer der politische Entscheidungsdruck wird, desto stärker ist die Versuchung, ihn durch (pseudo-)rationale Entscheidungsprozesse zu bändigen. Die Zahl der Kommissionen, die im vorpolitischen Bereich im Auftrag der Politik Papiere füllt, wächst, und mit ihr das, was Václav Havel den „Kult der entpersonalisierten Objektivität“ genannt hat. Wo Politiker habituelle Unentschiedenheit pflegen, boomt der Markt der Politikberatung. Viele Akteure beherrschen die Szene: Wissenschaftliche Beratungsgremien sehen ihre Rolle im besten Fall darin, aus einer politischen Distanz sachlich unabhängig und kompetent in der Sache zur politischen Meinungsbildung beizutragen. Organisierte Interessen verfolgen die Durchsetzung partikularer Anliegen. Ihre Rolle im Spannungsfeld zwischen Politik-, Lobby- und Gemeinwohlinteressen stößt in der Öffentlichkeit zunehmend auf eine negative Resonanz. Aus gegebenem Anlass geht GGW daher der Frage nach, wieviel Einfluss, aber auch welche Grenzen, Strukturen und Instrumente Politikberatung und -berater brauchen.

Susanne Cassel vom Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit plädiert für eine institutionelle Trennung von Politik- und Politikerberatung. Wenn Beratung erfolgreich sein will – so ihre Analyse – muss sie die Öffentlichkeit und politischen Entscheidungsträger als zwei unterschiedliche Adressatengruppen unterscheiden und dies auch in den institutionellen Strukturen der Beratung berücksichtigen.

Christine Quittkat und **Peter Kotzian** von der Universität Mannheim untersuchen, wie Wirtschaftsverbände Interessenvertretung und Informationsvermittlung im Politikzyklus der EU organisieren. Hierbei werden differierende Traditionen in den EU-Ländern deutlich. Für

Matthias Wismar vom European Centre for Health Policy (WHO) greifen in Deutschland Wissensproduktion und politische Entscheidungsfindung noch nicht ausreichend ineinander. Für das Gesundheitswesen bietet das Verfahren des Health Impact Assessment ein Instrument, das die gesundheitlichen Konsequenzen von Entscheidungen prognostiziert und daher die systematische Wahrnehmung wissenschaftlicher Erkenntnisse durch die Politik gewährleistet. Eine anregende Lektüre!

Stephanie Becker-Berke

NOTIZEN

ZEITSCHRIFTENSCHAU

von Benjamin Ogrzewalla, Institut für Management im Gesundheitswesen, Tübingen 2

DREI FRAGEN AN

Dieter K. Tscheulin, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg 3

BUCHTIPPS

von Joachim Roscher, ipse communication, Berlin 4

WIDO

HEILMITTELMARKT

Neues Informationssystem aus dem Wido sorgt für Transparenz 5

WIDO-Projekt

Analyse der Ausgaben für Arzneimittel in Nordrhein 6

AUFSÄTZE

Schwerpunkt: Politikberatung

Erfolgsbedingungen wissenschaftlicher Politikberatung am Beispiel des Gesundheitswesens

Susanne Cassel, Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, Berlin 7

Interessenvertreter und Informationsvermittler: Die Rolle von Wirtschaftsverbänden in der EU

Christine Quittkat, Universität Mannheim
Peter Kotzian, Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung 15

Health Impact Assessment – Politikberatung als Bindeglied zwischen Wissensproduktion und Entscheidungsfindung

Matthias Wismar, European Centre for Health Policy (WHO) 25

SERVICE

AUSBLICK

Köpfe, Kontakte, Kongresse 36

ZS. B
10114
-Wiss.-
ZB MED